

Deutschland von außen

Eine Serie in fünf Teilen

von

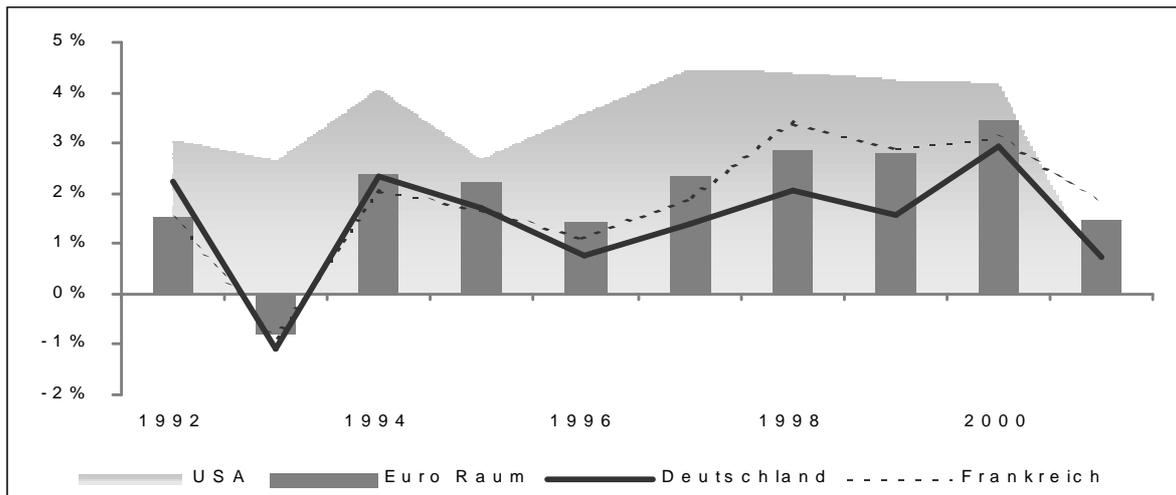
Heiner Flassbeck

Teil 1: Das Schlußlicht

Wirtschaft und Markt, Oktober 2002

Der Tatbestand ist unbestreitbar und deprimierend zugleich: Die deutsche Wirtschaft ist nicht mehr, was sie einst war. Wachstumswunderknabe war sie in den 50er Jahren, Beschäftigungschampion in den 60ern, Stabilitätsweltmeister in den 70ern und Exportweltmeister in den 80ern. Das Land mit der harten Mark und den tüchtigen Menschen. In den 90er Jahren scheint nichts, aber auch gar nichts davon übrig geblieben zu sein. Selbst die deutsche Vereinigung, politische Krönung der Erfolgsstory, ist wirtschaftlich in die Hose gegangen und wird von vielen inzwischen als ein entscheidender Grund für den allgemeinen Niedergang angesehen.

In Sachen Preisstabilität hat die halbe Welt mittlerweile den deutschen Standard erreicht. Andere Währungen sind härter als die D-Mark und der Nachfolger Euro. Der gewaltige Leistungsbilanzüberschuß, Ausweis des Exporterfolges in den 80ern, ist in den Wirren der deutschen Vereinigung untergegangen. Bei der Arbeitslosigkeit, bis Ende der 80er Jahre noch eine Erfolgsgeschichte im internationalen und insbesondere im europäischen Vergleich, hat sich Deutschland nicht nur den USA, sondern auch vielen kleinen Ländern geschlagen geben müssen. Beim Wachstum gar, dem Lebenselixier der Marktwirtschaft, ist Deutschland nicht nur im Mittelfeld gelandet, nein, es hat seit einiger Zeit in Europa die rote Laterne nehmen müssen. Selbst der "Erzrivale" Frankreich wächst seit Mitte des letzten Jahrzehnts deutlich schneller als die Berliner Republik (Abbildung).



Das ist bitter, weil Frankreich in vieler Hinsicht das Land ist, mit dem man Deutschland am ehesten vergleichen kann. Die USA sind zu groß, zu eigenständig und zu wenig in die Weltwirtschaft eingebunden, um für einen seriösen Vergleich zur Verfügung zu stehen. Kleine erfolgreiche Länder wie die Niederlande, Finnland, Dänemark oder gar Irland eignen sich für einen Vergleich von vornherein nicht. Diese Länder können nämlich Dinge tun, die ein großes Land niemals tun könnte. Viele der "Kleinen" haben z. B. innerhalb der Währungsunion ihre relative Größe ausgenutzt, um den Großen über Lohnzurückhaltung und eine Unterbewertung Marktanteile auf dem Weltmarkt abzujagen. Das hat den Kleinen viel gebracht, die Großen aber so wenig gestört, wie den Sechzehnjährigen ein Tritt ans Bein von seinem fünfjährigen Bruder. Umgekehrt wäre das offenbar anders.

Hinzu kommt, Frankreich ist nicht nur in vieler Hinsicht ähnlich, sondern schielte selbst vier Jahrzehnte lang über den Rhein, um es dem Wirtschaftswunderknaben zumindest gleich zu tun. Deutschland aber war das Land mit der Leitwährung in Europa. Deutschland diktierte nach dem Ende der Dollar-Ordnung von Bretton Woods die monetären Bedingungen der Nachbarstaaten, und diese folgten, um nicht für immer mit einer schwachen Währung und Finanzkrisen geschlagen zu sein. Deutschland ging durch die Ölkrisen, ohne dauerhaften Schaden an der Stabilität der D-Mark zu nehmen und heimste dennoch mehr Wachstum und Wohlstand als die anderen ein. Und, das ist die letzte noch schwärende Wunde, Deutschland sagte den anderen, wie das europäische Währungssystem zu funktionieren hat. Schließlich erklärte es ihnen, wieviel Disziplin man braucht, um am Ende mit dem Musterschüler in die gleiche Klasse, Währungsunion genannt, gehen zu dürfen. Politisch krönte Deutschland seine Position mit der Vereinigung, wurde das mit Abstand größte Land und schien uneinholbar für die nächsten hundert Jahre.

Daß es anders kam, läßt nicht nur bei manch einem in Europa die klammheimliche Freude so heftig aufwallen, daß er es nicht mehr verbergen kann. Es trifft auch Deutschland ins Mark, das um seine unausgesprochene Führungsrolle fürchten muß, wenn es alle paar Monate vom finnischen oder irischen Finanzminister gemahnt wird, seine "Hausaufgaben" in Sachen "Arbeitsmarktflexibilität" oder Haushaltsdefizit gefälligst zu machen, weil es sonst blaue Briefe setzt oder noch heftigere Strafen.

Warum aber ist Deutschland in den 90ern zurückgefallen? Um diese 100 000 \$ Frage wird heftig gestritten, quer durch die Parteien und die akademische Ökonomie verlaufen die Grä-

ben der einzelnen Positionen und ein Konsens ist nicht einmal am Horizont zu erkennen. Und doch ist es ganz einfach, wenn man sich auf seinen gesunden Menschenverstand verläßt und die ideologischen Bretter vorm Kopf einmal ignoriert. Die drei gängigsten Thesen sind nämlich schon die am wenigsten überzeugenden.

Erstens, die mißglückte deutsche Einigung sei schuld, hört man immer häufiger, weil dadurch die staatlichen Abgaben zu hoch und die Leistungsanreize zu gering seien. Die Abgaben sind derzeit in Deutschland aber nicht höher als zu Zeiten (wie den 80er Jahren), wo man bei Wachstum und Beschäftigung viel besser als heute und Weltspitze zugleich war. Das Gegenteil ist eher richtig, die Abgaben der Unternehmen waren noch nie so niedrig wie heute und sind auch im internationalen Vergleich höchstens mittelmäßig. Die Lasten der deutschen Einheit hat man längst bei denen abgeladen, die in irgendeiner Weise vom Staat abhängig sind, weil die Transfers inzwischen weitgehend über den Abbau des sozialen Netzes finanziert werden.

Damit erledigt sich auch die zweite These, die da lautet, das soziale Netz und die Überregulierung hindere die Wachstumskräfte an der Entfaltung. Auch hier gilt: Im Zeitvergleich war seit den 60er Jahren nicht mehr so wenig soziale Absicherung und auch hier gibt der internationale Vergleich nichts her. Frankreich etwa ist mindestens so stark reguliert wie Deutschland und wurde dafür regelmäßig auch von den Gralshütern der reinen marktwirtschaftlichen Lehre bei der OECD und beim Internationalen Währungsfonds getadelt, solange sein Wachstum nicht höher als das Deutschlands war.

Die dritte These ist derzeit besonders im Schwange und sagt, der verkrustete Arbeitsmarkt und die Gewerkschaftsmacht seien das Haupthindernis für größere Wachstumsdynamik. Das aber ist per se keine ernsthafte Erklärung, weil, wie ich im Verlauf der Serie zeigen werde, der Arbeitsmarkt dem Wachstum folgt und nicht umgekehrt. Die These ist besonders töricht im Lichte der jüngsten Erfahrungen. Die scheinbar "unflexible" deutsche Wirtschaft hat sich immerhin von einem weltweiten Wachstumsschub anregen lassen, kräftig zu expandieren (um 3 % im Jahr 2000). Der Arbeitsmarkt hat darauf sofort heftig mit einem Abbau der Arbeitslosigkeit reagiert. Kurz darauf aber läßt die Arbeitsmarktdynamik nach, weil die Weltkonjunktur einbricht. Für jeden Menschen, der noch seine drei Sinne beisammen hat, ist in einer solchen Konstellation nicht der Arbeitsmarkt der Engpass, sondern eindeutig das Wachstum. Daß eine Regierung unmittelbar danach - ohne einen Aufschrei der Empörung bei den "Experten" zu provozieren - einen Herrn Hartz aus dem Hut ziehen kann, zeigt, auf welchem erbärmlichen Niveau sich die wirtschaftspolitische Debatte befindet.

Eine einfache Erklärung für das Zurückbleiben Deutschlands hat jüngst eine gründliche Studie der Europäischen Kommission angeboten (zu finden unter: http://europa.eu.int/comm/economy_finance). Auf einhundert Seiten werden fast alle Erklärungsansätze diskutiert und bei einigen kommt man zu erstaunlichen Ergebnissen. So zeigt sich bei einem Vergleich mit Frankreich, den USA, Japan und Großbritannien, daß Deutschland beim Export auch weiter ganz vorne mitspielt und bei den Investitionen nicht schlecht liegt. Insbesondere in der zweiten Hälfte der 90er Jahre fällt Deutschland aber beim privaten Verbrauch entscheidend zurück. Der Wachstumsbeitrag (also der Anteil der gesamten Wachstumsrate, der von einem bestimmten Teilaggregat direkt beigesteuert wurde) des privaten Verbrauchs liegt zwischen 1996 und 2001 in den USA bei 2,9, in Großbritannien bei 2,6 und in Frankreich noch bei 1,1. In Deutschland betrug er nur 0,9, was nur noch von Japan mit 0,5 unterboten wurde.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stieg zwischen 1996 und 2000 in den USA jährlich um 3,4 %, in Großbritannien um 2,8 %, in Frankreich um 2,1 % und in Deutschland um 1,3 %. Auch hier war nur Japan schlechter mit 0,7 %. Ist das ein Zufall? Ist es Zufall, daß in den beiden Ländern, die mit Abstand die Schlußlichter bildeten, die privaten Haushalte am wenigsten in der Lage waren, Geld auszugeben?

So einfach ist das aber nicht, wird der gut ausgebildete Volkswirt einwerfen, wenn das Einkommen so wenig gestiegen ist, dann kann das nach meiner Theorie nur daran liegen, daß die Löhne in Japan und Deutschland zu stark gestiegen sind und die Beschäftigung daraufhin gefallen ist. Schade nur, daß sich die Wirklichkeit nicht an diese Theorie hält: Gerade in dem betrachteten Zeitraum, auch das zeigt die EU-Studie, sind in Deutschland und Japan die Löhne pro Kopf weniger gestiegen als in den anderen Ländern, gleichzeitig hat aber auch die Beschäftigung weniger zugenommen.

Das Ergebnis ist weniger verblüffend, als es im Lichte der herrschenden Konfusion aussieht. Deutschland hat seine eigene Tugend, nämlich besser und stabiler sein zu wollen als die anderen, genau in dem Augenblick zu einer Untugend gemacht, als die anderen aufgeholt hatten. In den 60er Jahren durften die Löhne hierzulande noch mit 8-10 % jährlich steigen, ohne daß die Welt unterging. In den 80ern waren es immerhin noch gut 4-5 % und das galt genau bis 1996 auch weiter für Westdeutschland. Ab dann einigte man sich im Bündnis für Arbeit darauf, den Gürtel gründlich enger zu schnallen und halbierte die nominalen Lohnzuwächse. Die Folge war, daß an zusätzlicher Kaufkraft praktisch nichts mehr übrig blieb. Bei stagnierenden Reallöhnen stagnierte aber auch der inländische Absatz der Unternehmen, die daraufhin auch keine Leute einstellten.

Nimmt man hinzu, daß auch der Finanzminister kräftig sparte und die Geldpolitik in Europa viel lieber bremst als Gas gibt, ist die Wachstumsschwäche Europas im Vergleich zu den USA und das deutsche Schlußlicht gut zu erklären. Nun müßte man diese Erkenntnis nur noch in Politik umsetzen, sollte man meinen. Doch so einfach will es uns die herrschende Lehre, die man besser "Leere" schreiben würde, nicht machen. Folglich hat einer der typischen politischen Dummköpfe an den Schluß der "executive summary" der lesenswerten europäischen Studie den Satz gesetzt, nur "Arbeitsmarktreformen könnten Deutschland zurückbringen auf einen robusten Wachstumspfad". Dieser Satz ist zwar durch die Studie in keiner Weise gedeckt, er wurde aber in der deutschen Presse ausgiebigst zitiert, worauf dann alle ganz schnell wieder zur Tagesordnung übergehen konnten.

Lesen Sie im zweiten Teil, warum die üblicherweise angemahnten Reformen nicht ausreichen und ein völlig neues Konzept entwickelt werden muß.